

»Das Neue an der Neuen Rechten ist, dass man sich instrumentalisierend auf die Shoah beziehen kann.«

Ein Gespräch mit Annette Seidel-Arpaci

Vojin Saša Vukadinović

Wie steht es im 21. Jahrhundert um die staatliche Bekämpfung des Antisemitismus? Was ist das bisher Erreichte, was sind gegenwärtige Herausforderungen und Rückschläge – auch in Bezug auf die Neue Rechte?

Es gibt zumindest auf vielerlei Ebenen Versuche, Antisemitismus zu bekämpfen – und somit eine andere Situation als etwa noch vor einem oder gar vor mehreren Jahrzehnten. Die RIAS-Stellen werden vor allem aus staatlichen Mitteln gefördert. Es gibt Antisemitismusbeauftragte in Bund und Bundesländern, zum Teil auch auf kommunaler Ebene, und es gibt z.B. in Bayern unterdessen je eine/-n Antisemitismusbeauftragte(n) bei allen drei existierenden Generalstaatsanwaltschaften und zudem einen Beauftragten der Justiz für ganz Bayern. Da wird einiges getan, um antisemitische TäterInnen strafrechtlich zu belangen und es gibt auch mehr Verurteilungen. Wie aber Urteile durch RichterInnen dann bisweilen auch ausfallen, etwa in Freisprüchen wie kürzlich z.B. im Fall eines Stadtrats, der eine antisemitische Karikatur verbreitet hat, die die IDF mit Nazisoldaten gleichsetzt, steht dann auf einem anderen Blatt. Der Beauftragte der bayerischen Staatsregierung bemüht sich etwa seit längerem darum, die Anerkennung der Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) auf allen möglichen gesellschaftlichen Ebenen als Mindeststandard durchzusetzen, in Institutionen aber auch bei allen möglichen Vereinen. Das ist erst einmal gut, gerade auch wenn es um israelbezogenen Antisemitismus geht.

Inwiefern?

Im Antisemitismus, der ›Kritik an Israel‹ vorschiebt, vereinen sich alle möglichen Kräfte und Ideologien. Das ist die Form des Antisemitismus, die gesellschaftlich breiter akzeptabel ist. Von einer Melange aus linken akademischen, kultur-aktivistischen sowie islamistischen und BDS-Kreisen wird sowohl in Feuilleton-Beiträgen wie auch durch juristische Versuche daran gearbeitet, die IHRA-Arbeitsdefinition anzugreifen, weil sie – wiewohl sehr vorsichtig – in Beispielen klarstellt, wie sich israelbezogener Antisemitismus ausdrückt. Wenn man Israel als jüdischen Staat, also auch als Zufluchtsstätte vor Antisemitismus für alle Juden der Welt und als Projekt nationaler jüdischer Selbstbestimmung von der Landkarte haben will, setzt man genau da an – und an der Erinnerung an die Shoah als eine Grundlage für die Unabdingbarkeit einer Zuflucht vor dem mörderischen Judenhass. Insofern ist der Versuch richtig, eine breite Akzeptanz der IHRA-Definition zu schaffen, und sei es auch nur, weil es die einzige umfassende internationale Definition ist, die wir haben. Zumindest ist es ein Minimum, hinter das man nicht zurückzuweichen darf. Letztlich bleibt die Frage, ob es sich in der Breite tatsächlich um eine Auseinandersetzung auch bei Einzelnen handelt oder ob so ein Postulat gegen Antisemitismus ein Feigenblatt zur Abwehr werden kann.

Aus dieser Breite resultiert doch mehr als eine Herausforderung, was die Bekämpfung des Antisemitismus angeht.

Herausforderungen gibt es viele, und sei es, dass in vielen Bereichen, wie z. B. der Justiz verstanden werden muss, dass die Frage, ob ein verbaler/tätlicher Angriff Antisemitismus konstituiert, *zunächst* nicht davon abhängt, ob die oder der Angegriffene jüdisch ist, sondern antisemitische Aussagen und Taten als solche zu bewerten sind. Oder dass gewährleistet sein muss, dass man bei einer Anzeige bei der Polizei ernstgenommen wird und dass rigoros auch innerhalb von staatlichen Institutionen gegen Antisemitismus vorgegangen wird. Das sind aber alles Dinge, die zumindest teilweise als Problem wahrgenommen werden. Wenn man von staatlicher Bekämpfung von Antisemitismus redet, muss man allerdings nicht zuletzt auch vom Verhältnis zum iranischen Regime und von der Duldung antisemitischer Moscheevereine und judenhasender Mobs auf den Straßen reden.

Was bedeutet das in Bezug auf die Neue Rechte?

Dass wir in einer ähnlichen Lage sind wie gesamtgesellschaftlich: Antisemitismus auch wahrzunehmen und zu bekämpfen, wenn er nicht ›autochthon

(neu)rechts« daherkommt. Hierzu gehört der Umgang mit einem Regime wie der Islamischen Republik, das Israel mit Vernichtung droht, genauso wie staatlich geförderte Kulturinstitutionen, die sich schon beim bloßen Erwähnen von Antisemitismus im Zusammenhang mit Israel massiv in ihrer Debattenfreiheit eingeschränkt und zensiert sehen. Ein Rückschlag in dieser Hinsicht ist sicherlich auch die gerichtliche Zurückweisung des Beschlusses der Stadt München, in städtischen Räumen keine BDS-Veranstaltungen mehr stattfinden zu lassen. Dieser Beschluss wurde Anfang 2022 gekippt. Zum staatlichen Umgang gehört allerdings auch z.B. die Altersarmut, die viele aus der ehemaligen Sowjetunion eingewanderte Juden in Deutschland aufgrund der Nichtanerkennung ihrer Rentenansprüche trifft.

Hat die zivilgesellschaftliche wie mediale Aufmerksamkeit gegenüber der Neuen Rechten wachsamer gemacht, was den Antisemitismus anbelangt?

Teilweise womöglich schon, aber gleichzeitig gibt es dadurch auch die Tendenz, Antisemitismus eben als ausschließlich von (deutsch-)rechts kommend zu verorten. Somit kann man sich selbstverständlich auch leichter abgrenzen und antisemitische Denkmuster und Aussagen bei sich selbst bzw. dem »nicht-rechten« Umfeld erst recht nicht sehen wollen. Und so wird Antisemitismus zum »schlimmsten Vorwurf«, der gemacht werden kann – es bleibt der »Vorwurf« und nicht der Antisemitismus als unerträglich. Das ist auch eine Erklärung für den Umstand, dass Leute weniger wachsam sind, wenn es etwa um linken, islamischen oder »kulturschaffenden« Antisemitismus geht. Wiewohl sich das auch etwas ändert, wenn ich mir Meldungen an uns betrachte. Nichtsdestotrotz bleibt die Tatsache, dass aus manchen gesellschaftlichen Milieus logischerweise wenig bei uns ankommt, weil da kaum jemand hinschaut oder hinhört. Dann gibt es noch den Aspekt – dem antisemitischen Denken ohnehin immanent – mit dem man regelmäßig konfrontiert wird, dass »für die Juden« angeblich viel getan werde und warum RIAS sich denn nicht um alle Diskriminierungen kümmere.

Worin besteht die Arbeit von RIAS Bayern genau?

RIAS Bayern ist eine Stelle, an die sich jede und jeder wenden kann, um antisemitische Vorfälle zu melden, sei es als Betroffene/-r oder als Zeugin/Zeuge von antisemitischen Beleidigungen und Übergriffen oder auch Zuschriften, Graffiti und Versammlungen. Dann gehen wir im Austausch mit der Person davon aus, was diese möchte, und vermitteln weitere Beratung, bieten Unterstützung bei einer Anzeigenstellung an – so gewünscht – oder veröffentlichen

den Vorfall anonymisiert. Es geht also sowohl darum, alles so weit wie möglich zu dokumentieren, ob es nun als ›strafrechtlich relevant‹ eingeordnet wird oder um die vielen alltäglichen Erfahrungen geht, die nicht strafrechtlich verfolgt werden. Damit soll das Ausmaß des Antisemitismus dargestellt und den Menschen, die sich an uns wenden, Unterstützung angeboten werden, und sei es zunächst schlicht und einfach dadurch, dass die Erfahrungen ernst genommen werden – eine Unterstützung, die es in diesem Bereich bis vor einigen Jahren nicht gab. Bereits nach kurzer Zeit hat sich gezeigt, dass die Alltäglichkeit von antisemitischen Bemerkungen und Beschimpfungen ›normal‹ ist, sei es auf der Straße, im Wohnumfeld, am Arbeitsplatz, auf Ämtern bis hin zum Bekanntenkreis. Das ist nicht überraschend und wir erfahren sicherlich nur einen Bruchteil dessen, was passiert, können aber durch unsere, im Bundesverband RIAS einheitliche, Arbeitsweise dokumentieren, wie sich Antisemitismus an verschiedenen Orten darstellt, welche ideologischen Hintergründe es gibt usw. und damit hoffentlich all jenen, die dagegenhalten (wollen) Anhaltspunkte geben. Dazu ist dann auch eine breite Vernetzung auf allen möglichen Ebenen mit nicht-staatlichen und staatlichen Akteuren nötig.

Wird in dieser Arbeit zwischen neonazistischen und neurechten Formen von Antisemitismus unterschieden?

Hinsichtlich der Einordnung von Antisemitismus und Vorfällen orientiert sich RIAS an der Arbeitsdefinition Antisemitismus der oben genannten IHRA und an den Kategorien des britischen Community Security Trust (CST), einer jüdischen Organisation aus den Gemeinden, die seit Jahrzehnten antisemitische Vorfälle dokumentiert und veröffentlicht. Beim politischen/ideologischen Hintergrund im Bereich der Rechten unterscheiden wir z.B. zwischen ›rechtsextrem«, ›rechtspopulistisch«, ›Reichsbürger«, ›rechts ohne positive Bezugnahme auf ein deutsches Kollektiv« usw. Die Frage lässt sich meines Erachtens eher über die Unterscheidung der Klassifikation von Antisemitismus beantworten, bei der RIAS ›Othering‹, modernen Antisemitismus, israelbezogenen Antisemitismus, post-Shoah-Antisemitismus, Antijudaismus sowie ›Unbekannt‹ und ›Sonstiges« umfasst. Hier verschränken sich selbstverständlich die Formen von Antisemitismus auch, was wir ebenfalls dokumentieren. Eine explizite Kategorisierung als neonazistisch und neurechts gibt es innerhalb der Rubrik ›ideologischer Hintergrund‹ nicht.

Was wäre eine solche Verschränkung mehrerer Formen von Antisemitismus konkret?

Es ist oft so, dass mehrere Motive gleichzeitig vorgebracht werden, das kann man etwa bei Protesten im Kontext der Pandemie sehen wie auch bei antiisraelischen Kundgebungen. Zum Beispiel gab es während des Mai und Junis 2021 in Bayern bei solchen Kundgebungen in verschiedenen Städten Schilder mit den Aufschriften »Stoppt das Pogrom, den Holocaust, die Apartheid« und »Ein Jude an die zionistischen Kämpfer (von Erich Fried): ›Was wollt ihr eigentlich? Wollt ihr wirklich die übertreffen, die euch niedergetreten haben? [...] und aus den Palästinensern die neuen Juden machen?« Das ist eine für den post-Shoah-Antisemitismus typische Täter-Opfer-Umkehr, mit der zudem der Nationalsozialismus und die Shoah relativiert und verharmlost werden. Wenn Israel als Wiedergänger des NS imaginiert wird, »darf«, ja »muss« man Israel und Israelis hassen. Gerade antisemitische Ressentiments, die sich hinter sogenannter »Israelkritik« verbergen, werden gesellschaftlich kaum verpönt, während etwa Antisemitismus nationalsozialistischer Prägung viel stärker sanktioniert wird. Dazu kommt noch der Anwurf, in Israel herrsche »Apartheid«. Wenn man dann noch die »Kindermörder Israel«-Parolen dazu nimmt, die es immer wieder zu hören gibt, verschränken sich die obigen antisemitischen Ausdrucksformen auch mit einem Rückgriff auf die Ritualmordlegende aus dem jahrhundertealten Antijudaismus. Hinzu kommen Verschränkungen von Antisemitismus mit Diskriminierungen rassistischer, sexistischer oder homophober Art. Solcherlei Verschränkungen dokumentieren wir auch. Gerade sexualisierte und homophobe antisemitische Sprüche tauchen immer wieder auf.

Was lässt sich von dieser Bundesland-spezifischen Arbeit gegen Antisemitismus über die Neue Rechte und Transnationalität lernen?

Zunächst müsse man klären, was mit der Neuen Rechten im Zusammenhang mit Transnationalität gemeint ist – bzw. wer welche politische Strömung als (Neue) Rechte definiert. Arbeit gegen Antisemitismus kann in jedem Fall nicht darin bestehen, Antisemitismus reflexartig der als »deutsch« definierten Rechten zuzuschreiben. Das wäre auch unsinnig angesichts dessen, dass Juden von allen möglichen Seiten angefeindet und angegriffen werden. Aber das wissen wir bereits. Was ich in Kürze sagen würde, ist, dass transnational-ideologischen Überschneidungen im Zusammenhang von Ethnopluralismus und Antisemitismus bestehen, und zum Teil darin erkannt zu haben, dass man mit allzu plakativem Nazi-Judenhass nicht so weit kommt, wie man das gerne hät-

te. Anders ist das, wenn es um Israel geht – oder überhaupt um heute lebende Juden.

Zeigen sich hier Verschiebungen zur »Alten« Rechten?

Das in diesem Kontext Neue an der Neuen Rechten jedweder Couleur ist, dass man sich instrumentalisierend auf die Shoah beziehen kann. Von Bundesland zu Bundesland ist das unterschiedlich, welche Gruppen oder Organisationen wie offen antisemitisch auftreten. Lernen lässt sich z.B., dass antisemitische Straftaten nach wie vor meist als »rechts« eingeordnet werden, ohne dass sich die Mühe gemacht wird, dieses »rechts« genauer anzuschauen. Bei der Dokumentation, wie RIAS sie macht, stellt sich das Problem einer ideologischen Zuordnung von Tätern bei antisemitischen Anfeindungen und Übergriffen allein schon dadurch, dass kaum jemand im Alltag sagen kann, aus welcher politischen Einstellung einem »du Scheißjude« an den Kopf geworfen wird – außer eben aus einer offensichtlich antisemitischen Einstellung. Dokumentieren kann man das bei Beobachtung von organisierten Veranstaltungen oder natürlich bei veröffentlichtem Material. Wenn man sich zum Beispiel die oben erwähnten israelfeindlichen Kundgebungen im Mai/Juni 2021 ansieht, zieht sich Antisemitismus durch Reden, Plakate, Parolen. Und anhand von organisatorischen Verbindungen und sichtbaren Zeichen von Zugehörigkeiten kann man dann zumindest zum Teil sehen, welche Gruppierungen sich beteiligen. Allein, es fehlt die (deutsch-deutsche) extreme Rechte. Die scheint derweilen vermehrt in Gedenkstätten und an Gedenkortern antisemitisch aufzutreten. Wo verorten wir aber andere Organisationen wie etwa die Grauen Wölfe?

Ist das mit den soeben erwähnten »Neuen Rechten jedweder Couleur« gemeint? Der Begriff meint ja ausdrücklich eine herkunftsdeutsche, in Deutschland agierende Rechte, stößt aber bereits an AfD-Mitgliedern osteuropäischer Herkunft an seine Grenzen.

Es besteht das Problem, dass in der weiteren Gesellschaft die Kategorien der Polizeistatistiken bzw. des Verfassungsschutzes übernommen werden bzw. vice versa. Entweder man geht davon aus, dass Rechte bzw. Neue Rechte eine politische Kategorie ist, d.h., man orientiert sich an den politischen Vorstellungen einer Partei oder Gruppierung oder Bewegung und nicht an der Herkunft der Mitglieder. Oder man geht eben von der Herkunft der (meisten) Mitglieder aus – so kommt es dann zu solchen ethnisch-abgetrennten Formulierungen und Sichtweisen, die sich zwar alle auf hier in Deutschland agierende Leute beziehen, aber etwa die Grauen Wölfe als eine der mitgliederstärksten Organisationen als türkische Rechtsextremisten bzw.

als ›ausländerextremistisch‹ aufgefasst werden. Das zeigt sich auch im nach wie vor relativ desinteressierten Umgang mit solchen Organisationen von Seiten antifaschistischer oder antirassistischer Initiativen. So gibt es dann auch kaum ein genaues Hinschauen in Parteien, Gremien und Beiräten, wenn Leute vertreten sind, die nicht-herkunftsdeutschen rechten und/oder islamistischen Organisationen verbunden sind. Wenn es um deutsch-deutsche Organisationen geht, werden solche Verbindungen ungleich eher erkannt, benannt und skandalisiert. Aber ›in Deutschland agierende Rechte‹ umfasst ja schließlich alle jenseits von Herkunft der Mitglieder bzw. nationalem Hauptbezugsrahmen. Damit werden letztlich im Namen eines vermeintlichen Antirassismus sowohl ideologische Überschneidungen verleugnet wie auch gerade diejenigen hier weitgehend alleingelassen, die sich den Rechten ihrer Herkunftsländer erwehren müssen.

Hier tut sich ein eminenter Zwiespalt auf, was den Begriff »Transnationalität« anbelangt. Er meint in diesem Kontext nicht mehr nur die transnationale Orientierung der Neuen Rechten, sondern auch den migrantischen Gehalt des Wortes.

Die Neue Rechte wird mehrheitlich als autochthone Rechte verstanden. Das heißt, dass man sich im Grunde deren Kriterien zu eigen macht – also nicht vorrangig auf Ideologie und Ziele schaut, sondern auf die mehrheitliche Herkunft einer Organisation oder Gruppierung, so wie das eben bei Einzelnen auch gedacht wird. Insofern heißt das auch für Ausländerbeiräte (die jetzt Migrations- oder Integrationsbeiräte heißen), dass es zwar richtigerweise um Belange geht, die mit dem zugewiesenen Status zu tun haben, aber gleichzeitig bedeutet das auch, dass weitergehende politische Differenzen einem Migrantisch-Sein untergeordnet werden können, es also auch um eine andere Sorte Integration geht. Hier hat dann eine klare Abgrenzung zu ›nicht-deutschen‹ (Neuen) Rechten oftmals einen schweren Stand, weil man sonst angeblich Rassismus Vorschub leisten würde. Und es geht auch immer um gesellschaftliches Mitreden und um Finanzierung. Und da sieht es dann so aus, dass diejenigen, die kategorisch nichts mit fragwürdigen islamischen Vereinen und faschistischen Organisationen zu tun haben wollen, ganz schnell an den Rand gedrängt werden können. Oder es heißt eben, dass eine Förderung und vielerlei Zugang zu Räumen und Mitgestaltung davon abhängt, dass man sich, beispielsweise, als alevitische/-r Jugendliche/-r oder Jugendliche/-r generell nicht deutsch-deutscher Herkunft die/der nichts mit Rassisten, Antisemiten und Islamisten zu haben will, mit türkisch-nationalistischen und/oder islamistischen Jugendlichen zusammenfinden muss, weil man unter ›migrantisch‹ eingeordnet und

so auch gefördert wird. Da ist dann der Ethnopluralismus der Neuen Rechten absurderweise bereits real umgesetzt – und eben nicht in rechten Organisationen oder Räumen, sondern mittendrin in der gesellschaftlichen »Vielfalt«.

Im deutschsprachigen Raum wird die Forderung, islamistische Akteure als »rechts« zu bezeichnen u.a. von der Zeitschrift »tapis« vertreten.

Prinzipiell ist es gut, dass versucht wird, die ideologischen Überschneidungen deutlich zu machen und der Gleichung, politisch islamisch/islamistisch sei auch migrantisch und damit bis zu einem bestimmten Punkt »antirassistisch«, eine Absage zu erteilen. Und damit eben den Kurzschluss »rechts = ist deutsch-deutsch« anzugehen. Trotzdem bleibt dann aber das Problem, dass dieses Vorgehen auch zu einer Verdeckung explizit islamistischer Ideologie führen kann.

Was wären nun Schritte, die zeigen, dass tatsächlich etwas gegen diese Tendenzen und Strukturen getan wird?

Die Frage ist zunächst, was bedeutet »etwas tun«? Geht es um unbedingten Aktionismus, vorausseilendes Tun aufgrund irgendwelcher Annahmen? Es gab eine Zeitlang zumindest mal die – obschon minoritäre – Einsicht, dass angesichts von fehlgeleitetem Tatendrang und bedenklicher Allianzen bisweilen nichts tun besser ist, als etwas zu tun. Was tun, hieße meines Erachtens vor allem, sich damit zu befassen, was Rassismus heute tatsächlich heißt und was die materiellen Bedingungen sind, und damit, dass im Ruf nach Vielfalt der Rekurs auf entpolitizierende Community-Schwammigkeit enthalten ist. Das hieße, Allianzen mit klaren Kriterien zu bilden, die nicht auf ethno-identitären Konzepten beruhen, und gleichzeitig ein Bewusstsein für die spezifischen Bedingungen zu entwickeln, mit denen Leute zu kämpfen haben – beispielsweise auch Sinti und Roma, die sowieso oft rausfallen aus der »Vielfalt«. Wenn es um Antisemitismus geht, ist die Lage richtig bedenklich, weil es gerade im vielfältigen »Antirassismus« oftmals auch antisemitische Haltungen gibt – die werden aber verleugnet und verwischt, entweder weil man schließlich »nur« Israelis meine und nicht Juden oder weil man auf allen Augen außer dem nach (deutsch/weiß/europäisch-)rechtsgerichteten nichts sehen will. Insgesamt fehlt eine Klarheit, mit welchen politischen Kräften man keinerlei Allianzen eingehen kann. Das ist bei der »deutsch-deutschen« Rechten allen immer klar und interessanterweise auch meist in Bezug auf europäische oder westliche reale oder vermeintliche Rechte. Insbesondere bei Organisationen

oder Parteien mit Bezug zu mehrheitlich islamischen Gegenden hat man es dann oft mit Kulturrelativismus zu tun.

Kulturrelativistische Positionen genießen an den Hochschulen wie auch im Aktivismus erheblichen Einfluss. Dass aus diesem Areal so gut wie keine Analysen zur Neuen Rechten vorgelegt worden sind, zeigt, dass diese Ideologie nicht nur linken Rassismus produziert, sondern auch für enorme wissenschaftliche Leerstellen sorgt.

Wo soll man hier anfangen? Zunächst muss man meines Erachtens feststellen, dass offenbar mehrere, zum Teil widersprüchliche – oder scheinbar widersprüchliche – Sachverhalte nicht gleichzeitig gedacht und berücksichtigt werden können. Das zeigt sich an vielen Punkten und wäre doch gerade bei wissenschaftlichem Arbeiten angebracht. Dabei meine ich nicht die Rede von der »Komplexität«, die dann Positionslosigkeit zur Folge hat. Nehmen wir ein paar aktuelle Beispiele: was man und frau so auf dem Kopf trägt. Vor einigen Wochen ging es ja wieder um das Tragen von Locs (Dreadlocks) durch »Weiße«. Absurderweise, oder vielleicht konsequenterweise, verhält es sich mit dem Tragen des islamischen Kopftuchs gerade andersherum. Zumindest kenne ich da keine größeren Debatten um »kulturelle Aneignung«, wenn es um Konvertitinnen geht – oder zur Frage, ab wann man zu »weiß« für den Hijab wäre angesichts einer durchaus verbreiteten Selbstdefinition von muslimisch als *of color*? Hier wird geradezu eine politisch aufgeladene Kopfbedeckung zum ethnisierten/»rassifizierten« Marker, was nicht zuletzt an mittlerweile weit durchgesetzten Darstellungen von Menschen unter dem Label *Diversity* deutlich wird. Da werden Frauen oder gar Mädchen mit Hijab in einem bildlichen Atemzug mit Menschen aller Hautschattierungen gezeigt. Linda Sarsour hat ja vor einigen Jahren einmal gesagt: »When I wasn't wearing a hijab, I was just some ordinary white girl from New York City. Wearing hijab made you know that I was Muslim.«¹

Das ist die gesellschaftlich akzeptierte Form des Rassismus.

Ja. Kulturrelativismus ist die Fortsetzung von Rassismus bei Leuten, die sich als antirassistisch verstehen. Oder wie man es im Englischen sagen würde, eine Form von »Rassismus der niedrigen Erwartungen«. Wenn ich Positionen,

1 Zitiert nach Arutz Sheva Staff, »Before wearing a hijab, I was just an ordinary white girl«. Anti-Israel activist Linda Sarsour caught admitting she only wears a hijab in order to be considered a »person of color«, *israelnationalnews.com*, 17.09.2017, <http://www.israelnationalnews.com/news/235179> (letzter Abruf: 01.06.2022)

Aussagen, Wahlverhalten etc. von Individuen oder gar ganzen Gruppen von Menschen politisch nicht ernst nehmen, weil das angeblich mit ihrer »Kultur« zu tun hätte oder sie selbst Diskriminierungserfahrungen machen, spreche ich allen einzelnen Reflexionsvermögen und politische Positionierung ab. Unter Umständen geht es dann eben auch um politische Haltungen, die man bekämpfen muss, egal wer sie pflegt – und da kommt manchem Aktivismus oder akademischem Bereich dann die alte Hoffnung auf ein revolutionäres Subjekt in die Quere. Da gibt es ja unendlich viele Beispiele. Ein ganz eklatantes ist die sogenannte Palästinasolidarität oder »Israelkritik«, wie auch immer man nennen mag, was sich da zusammenfindet. Da sprechen sich tatsächlich queere Gruppen und DJ-Kollektive oder GeisteswissenschaftlerInnen für die Unterstützung bzw. (mindestens) die Nicht-Ausgrenzung von VertreterInnen der BDS-Kampagne aus. All das angesichts dessen, dass sie damit sogar ihre Verfolger oder potenziellen Mörder unterstützen.

Kommen wir nochmals auf mögliche Maßnahmen zurück, die über das zivilgesellschaftliche Engagement hinausgehen. Wenn die Neue Rechte über jenes demokratiegefährdende Potenzial verfügt, das ihr in der Regel attestiert wird, müsste dann nicht allorts hierauf hingewiesen, wenn nicht gar vorbereitet werden – schon in Schulen etwa?

Sie müssen nicht anders darauf vorbereiten als andere gesellschaftliche Einrichtungen auch – und man könnte ja auch polemisch sagen: »Vorbereitet« sind viele ohnehin schon. Ich bin nicht sicher, dass es hilfreich ist, sich auf »die Neue Rechte« im Sinne einer Strömung oder Organisation zu fokussieren. Es macht nur Sinn, über Inhalte statt über Etiketten zu reden. Nur dann können auch Kinder und Jugendliche verstehen, um was es geht, welche Menschenbilder es gab und gibt und welche Vorstellungen von Gesellschaftlichkeit. Nun bin ich keine Pädagogin, stelle mir das aber so vor, dass im Zusammenspiel vieler Fächer junge Menschen was für sich finden sollten, das ihnen ermöglicht, in jedwedem politischen Spektrum antiegalitäre und antiaufklärerische Inhalte als solche zu erkennen. Das wäre doch schon mal was. Dass es dazu auch Lehrkräfte braucht, die sich nicht von allen möglichen Anwürfen und identitätspolitischen Herausforderungen unter Druck setzen lassen oder solche selbst verbreiten, versteht sich von selbst.

Welche Perspektiven ergeben sich hieraus?

Keine rosigen. Da fällt mir wenig ein. Für mich ist das derzeit unsere konkrete, tägliche Arbeit und der Versuch, sowohl Betroffene von Antisemitismus zu unterstützen wie auch durch Veröffentlichungen und Vorträge immer wieder

ideologische Zusammenhänge sowie die Durchdringung der Gesellschaft mit antisemitischen Denkmustern zu verdeutlichen. Insgesamt muss es um Positionen und nicht um Identitäten als Maßstab für politisches und gesellschaftliches Handeln gehen. Das kann doch nicht so schwierig sein, die eigene individuelle Erfahrung wie auch strukturelle Diskriminierung wahrzunehmen, aber gleichzeitig zu abstrahieren, so dass es nicht zunehmend um Identitäten bei gleichzeitiger Ausblendung materieller Bedingungen geht.

